

Huppert, Walter

Article — Digitized Version

Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Produktivitätsförderung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Huppert, Walter (1959) : Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Produktivitätsförderung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 39, Iss. 4, pp. 201-205

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132783>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Produktivitätsförderung

Dr. Walter Huppert, Frankfurt/Main

Die Produktivität gehört zu den ältesten Begriffen der Wirtschaftswissenschaft. Schon die Physiokraten und die Klassiker, also die Begründer unserer heutigen Wirtschaftswissenschaft, haben die Produktivität — verstanden als Steigerung der Erzeugungsmengen und Einsparung von Produktionsfaktoren, insbesondere durch Arbeitsteilung — als entscheidende Aufgabe des Wirtschaftens bezeichnet. Später, etwa um die Jahrhundertwende, wurde dem technischen und betriebswirtschaftlichen Produktivitätsbegriff ein volkswirtschaftlicher Produktivitätsbegriff gegenübergestellt. Dieser sollte auch die sozial- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte sowie die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge der Betriebstätigkeit zur Geltung bringen. Damit wurde im Laufe der Zeit der Produktivitätsbegriff immer komplizierter und umstrittener. Deshalb wurde schon auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1909 angeregt, den Begriff der Produktivität mangels genügender Bestimmbarkeit überhaupt aufzugeben; die betriebswirtschaftliche und die volkswirtschaftliche Produktivität könnten unter keine übereinstimmenden Gesichtspunkte gebracht werden, und die Maßstäbe der volkswirtschaftlichen Produktivität hingen von der jeweiligen wirtschaftspolitischen Beurteilung und Zielsetzung ab.

Tatsächlich ist es bis heute nicht gelungen, den Begriff der volkswirtschaftlichen Produktivität greifbar und einheitlich festzulegen. Infolgedessen hat man auch den Begriff und die Aufgaben der „Produktivitätspolitik“ nicht befriedigend definieren und behandeln können. Trotz dieser Unsicherheit der Begriffe erfreuen sich jedoch Produktivität und Produktivitätspolitik in der öffentlichen Diskussion noch immer wachsender Beliebtheit. Indessen kann das nicht gut gehen, denn: Wo die Vorstellungen nicht stimmen, da können die Begriffe nicht stimmen; wo die Begriffe nicht stimmen, da können die Maßstäbe nicht stimmen; wo die Maßstäbe nicht stimmen, da können die Wertungen nicht stimmen; wo die Wertungen nicht stimmen, da kann die Ordnung nicht stimmen; wo die Ordnung nicht stimmt, da kann die Wirtschaft nicht gedeihen, denn dann wissen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nicht, wonach und wie sie verfahren sollen. Daher soll nochmals versucht werden, einiges zur Klärung speziell der volkswirtschaftlichen Produktivität und Produktivitätspolitik beizutragen.

EINZELWIRTSCHAFTLICHE UND VOLKSWIRTSCHAFTLICHE PRODUKTIVITÄT

Gewöhnlich und ursprünglich wird der Begriff der Produktivität unter einzelwirtschaftlichen Gesichtspunkten als betriebliche Produktivität unter marktwirtschaftlichen Bedingungen gesehen. Die betriebliche Produktionsaufgabe besteht dann darin, die realen Produktionsfaktoren (Material und Betriebsanlagen,

Arbeitskräfte und Energie) auf die rationellste Weise zum Einsatz zu bringen. In diesem Sinne bedeutet Produktivität den technisch bestmöglichen Wirkungsgrad der Produktionsfaktoren im betrieblichen Produktionsprozeß. Als einheitlicher Maßstab für die Produktionsfaktoren wie auch für das Produktionsergebnis und damit für die Messung der Produktivität kommt nur das Geld in Frage. Damit wird das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag, Kosten und Erlös zum Maßstab der betriebswirtschaftlichen Produktivität. Dabei ist zwischen Produktivität, Wirtschaftlichkeit und Rentabilität zu unterscheiden.

Zunächst kommt es auf den innerbetrieblichen Produktionsvorgang, die technische Produktivität, an. Sie ergibt sich aus dem Verhältnis des Input von Produktionsfaktoren zum Output an Produktion. Beide müssen zu gleichbleibenden Preisen (kalkulatorischen Verrechnungspreisen oder bereinigten effektiven Preisen) eingesetzt werden, damit die äußeren Einflüsse (marktseitige Lohn- und Preisveränderungen) ausgeschaltet werden.

Über die technische Produktivität hinaus kommt man zur wirtschaftlichen Produktivität, wenn Input und Output zu den jeweiligen tatsächlichen Preisen eingesetzt werden, also die Markteinflüsse einbezogen werden. Indessen greift das schon über den Bereich der eigentlichen Produktion hinaus; der Produktivitätsbegriff wird gleichbedeutend mit dem Begriff der Wirtschaftlichkeit.

Das unternehmerisch-marktwirtschaftliche Denken mißt die Wirtschaftlichkeit speziell an der Rentabilität, die sich im Unternehmergewinn ausprägt, der auf das Betriebskapital entfällt. Dieser Gewinn drückt aber nicht unbedingt die eigentliche betriebliche Leistung aus, also das Produktionsergebnis gegenüber dem Einsatz von Produktionsfaktoren. Als Produktivitätsmaßstab ist die Rentabilität ebenso einseitig wie etwa die Arbeitsproduktivität, wenn diese am Arbeitslohn gemessen würde. Das Betriebsergebnis kann ebensowenig allein der Unternehmerleistung wie der Arbeitsleistung des Arbeitnehmers zugerechnet werden.

Während die betriebswirtschaftliche Produktivität nur an Leistung und Erfolg eines einzelnen Unternehmens denkt, will die volkswirtschaftliche Produktivität einen überbetrieblichen, gesamtwirtschaftlichen Standpunkt und Maßstab gewinnen. Das kann in verschiedener Weise versucht werden:

Aus dem technischen Produktivitätsbegriff ergibt sich die volkswirtschaftliche Produktivität als Summe der technischen Produktionsleistungen aller Betriebe, verglichen mit der Summe der eingesetzten Produktionsfaktoren. Die Relation beider Summen kennzeichnet den Durchschnitt der technischen Produktivität aller Betriebe. So wird in einem „Merkblatt“ der Deutschen

Statistischen Gesellschaft vom September 1952 zur „Messung der Produktivität in der Industrie“ zunächst die „betriebswirtschaftliche Produktivität“ als Relation zwischen Einsatz von Produktionsfaktoren und Produktionsmenge behandelt und anschließend die „volkswirtschaftliche Produktivität“ als Summierung und Errechnung des Durchschnittes der einzelbetrieblichen Produktivität der Unternehmen eines Industriezweiges oder mehrerer Industriezweige erklärt. Derartige Berechnungen werden gegenwärtig vor allem für zwischenstaatliche Vergleiche zur Beurteilung der Konkurrenzfähigkeit innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft durchgeführt.

In anderer Weise wird von „volkswirtschaftlicher Produktivität“ gesprochen, wenn das Sozialprodukt festgestellt und in seiner zeitlichen Entwicklung oder mit anderen Ländern verglichen werden soll. Dabei wird mit dem Produktionswert oder (preisbereinigt) Produktionsvolumen an sich operiert, ohne diesen gesamtwirtschaftlichen Output dem zugehörigen Input, also den eingesetzten Produktionsfaktoren, gegenüberzustellen. Auch die übliche Umrechnung des Sozialproduktes auf den Kopf der Bevölkerung bedeutet keine wirkliche Produktivitätsberechnung, sondern ergibt nur eine bessere Vergleichsbasis für den Produktionswert. Wo Ansätze zur Erfassung auch der Produktionsfaktoren gemacht werden (z. B. der Beschäftigten oder des gesamtwirtschaftlichen Produktionswertes je Arbeiterstunde), wird diese „volkswirtschaftliche Produktivität“ lediglich als Arbeitsproduktivität für die betriebliche Herstellung von Gütern verstanden. Etwas weiter gehen die Ausführungen von Dr. Fürst, Präsident des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden, in der Zeitschrift des Rationalisierungskuratoriums der Wirtschaft „Rationalisierung“ vom November 1957 über: „Die Produktivität der Volkswirtschaft und ihre Messung“. Danach soll es auf die volkswirtschaftliche Produktion ankommen, ausgedrückt durch das Sozialprodukt. Dieses Produktionsergebnis sei bedingt und könne sich im zeitlichen Ablauf durch die Faktoren Arbeitskraft, Kapital, unternehmerische Leistung und durch Verschiebungen in der Struktur der Volkswirtschaft (Vordringen besonders produktiver Zweige) sowie Einflüsse der Außenwirtschaft und der Regierungsmaßnahmen ändern. Damit wird schon der Blick darauf gelenkt, daß es nicht allein auf die einzelbetrieblichen Verhältnisse und Verhaltensweisen ankommt. Indessen wird daraus noch kein umfassender Begriff der „volkswirtschaftlichen Produktivität“ entwickelt, der die Gesamtheit der Bedingungen für die volkswirtschaftliche Produktion und Bedarfsdeckung erfaßt.

Der Begriff der volkswirtschaftlichen Produktivität darf nicht lediglich als Summe oder Durchschnitt der einzelbetrieblichen Produktivität verstanden werden, sondern muß auch die überbetrieblichen Verhältnisse einbeziehen. Vor allem aber ergeben sich für die volkswirtschaftliche Produktivität andere Gesichtspunkte und Maßstäbe. Die betriebliche Produktion und der tatsächliche Absatz zeigen, welche verfüg-

baren Produktionsmöglichkeiten ausgenutzt worden sind und welcher Bedarf gedeckt worden ist. Volkswirtschaftlich und wirtschaftspolitisch interessant ist aber gerade der Unterschied zwischen effektiver und möglicher Produktion. Er soll zeigen, in welchem Grade das vorhandene Produktionspotential ausgenutzt worden ist und in welchem zusätzlichen Umfang der gesamtwirtschaftliche Bedarf bei maximaler Produktion befriedigt werden könnte. In diesem Sinne bedeutet volkswirtschaftliche Produktivität das Verhältnis zwischen möglicher und tatsächlicher Produktion. Das erschöpft sich nicht in der unausgenutzten Betriebskapazität, sondern geht in zwei wesentlichen Punkten darüber hinaus.

1. Während der Betrieb nur mit seiner Anlagenkapazität rechnet, berücksichtigt die volkswirtschaftliche Produktivität alle Produktionsfaktoren, also auch Umlaufvermögen, Arbeitskräfte, Energie, Material und Einfuhrmöglichkeiten.

2. Während der Betrieb nur die von ihm bereitgestellten Produktionsfaktoren sieht, umfaßt die volkswirtschaftliche Produktivität auch und gerade die Produktionsfaktoren, die nicht in einen betrieblichen Verband aufgenommen sind, weil die Betriebe für sie keine Verwendungsmöglichkeit haben.

Der einzelne Betrieb darf nur so viel produzieren, wie er verkaufen kann, also Nachfrage vorliegt. Diese Nachfrage ist eine außerbetriebliche, gegebene Größe. Für die volkswirtschaftliche Produktivität ist sie das entscheidende Problem, denn nur bei ausreichender Nachfrage kann das volkswirtschaftliche Produktionspotential ausgeschöpft werden. Damit wird die Sicherung einer ausreichenden Nachfrage zur entscheidenden Aufgabe der Produktivitätspolitik.

AUFGABEN UND ZIELE DER PRODUKTIVITÄTSPOLITIK

Bei einer solchen Sicht der volkswirtschaftlichen Produktivität und unter den Verhältnissen einer freien Wirtschaft braucht sich die Produktivitätspolitik relativ wenig mit der Förderung der betrieblichen Produktivität zu befassen. Gerade das gilt aber gewöhnlich als hauptsächliche Aufgabe der staatlichen Produktivitätspolitik: Sie soll die Betriebe informieren und beraten und deren Erzeugung rationalisieren helfen. Das mag nötig und nützlich sein, um kleine Betriebe, die über keine entsprechenden Spezialkenntnisse verfügen, konkurrenzfähiger zu machen. Dem Wesen nach ist das aber eher Mittelstands- als Produktivitätspolitik. Grundsätzlich auf derselben Linie liegen die Produktivitätsprogramme, die in den Nachkriegsjahren vom Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) aufgestellt worden sind. Mit ihnen befaßt sich als spezielle Organisation die Europäische Produktivitätszentrale. Das hat in den Mitgliedstaaten zu entsprechenden Organisationen geführt, so zu einem „Produktivitäts-Ausschuß“ der deutschen Bundesregierung und einer „Produktivitäts-Zentrale“ (RKW) als ausführendem Organ.

Bei diesen Programmen und Maßnahmen schwebte als Aufgabe vor, die westeuropäische Produktion durch Steigerung der Produktivität zu vergrößern. Das

sollte durch Verbesserung der technischen Leistungsfähigkeit der Betriebe erreicht werden. Zu diesem Zweck sollte die Forschung organisiert, die technische Ausbildung unterstützt, die Fertigung und sonstige Betriebsführung beraten und ganz allgemein das „Produktivitätsbewußtsein“ gefördert werden.

Im einzelnen wurden zu diesem Zweck empfohlen: Finanzierung von Forschungsvorhaben und Erfahrungsaustausch, Studienreisen und Kurse, zwischenbetriebliche Vereinbarungen über Standardisierung der Erzeugnisse und Bereinigung der Erzeugungsprogramme, Kredite und Zuschüsse für spezifische Produktivitätsinvestitionen, Erfolgsbeteiligung, Abbau zwischenstaatlicher Restriktionen und einzelstaatlicher Protektionen u. a. m.

Die Aufgabe, das Produktionsvolumen zu erweitern, ist inzwischen weitgehend gelöst. Auch die Modernisierung, durch Anschluß an den neuesten technischen und betriebswirtschaftlichen Stand, ist im allgemeinen erreicht worden. Damit ist es auch um die „Produktivitätsprogramme“ stiller geworden. Vor allem aber hat sich gezeigt, daß in einer konjunkturell ansteigenden Wirtschaft die Aufgaben der Produktivitätsverbesserung und Produktionserweiterung im allgemeinen hinreichend von den Betrieben selbst bewältigt werden. Dagegen sind die Probleme und Aufgaben einer volkswirtschaftlichen Produktivitätsförderung in dem hier aufgezeigten Sinne — vor allem als Sicherung einer expansiven, ausgeglichenen und ungestörten Konjunkturentwicklung — zunehmend deutlich und bewußt geworden. Aber dafür sind bisher noch keine entsprechenden „Produktivitätsprogramme“ aufgestellt worden.

Während die Steigerung der Produktion und der Produktivität grundsätzlich den Betrieben selbst überlassen werden kann, liegt die hauptsächliche Aufgabe der Produktivitätspolitik darin, das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage zu steuern, insbesondere für eine genügend große Nachfrage zu sorgen. Durch die Nachfrage sollen alle produktiven Kräfte geweckt und maximal beschäftigt werden. Andererseits soll die Nachfrage nicht generell und auf längere Zeit über das Angebot hinausgehen, denn das würde zur Unproduktivität verleiten.

Freilich stellt eine solche gesamtwirtschaftliche Nachfragerregulierung eine ebenso umfassende wie schwierige Aufgabe dar. Sie bildet im Grunde den Gegenstand aller wesentlichen wirtschaftspolitischen Diskussionen und Maßnahmen seit der Weltwirtschaftskrise vor 30 Jahren und der Begründung der modernen Wirtschaftstheorie. Wie umfassend und schwer realisierbar diese wirtschaftspolitische Aufgabe ist, dürfte genügend bekannt sein. Deshalb mögen hier einige kurze Hinweise genügen:

1. Es gibt keine allgemeingültige Norm für das optimale Verhältnis von Angebot und Nachfrage in dem Sinne, daß die Nachfrage einerseits genügend groß ist, um eine maximale, bedarfsentsprechende Produktion hervorzurufen, andererseits aber nicht die Produktionskapazität übersteigt.
2. In einer dynamischen Wirtschaft befindet sich die Produktion in anhaltender Wandlung und Ausdehnung. Eigentlich muß sie dabei von unbefriedigter Nachfrage „gezogen“, d. h. zu entsprechender zusätzlicher Investition und Fertigung angetrieben werden. Trotzdem soll sie aber insgesamt und auf die Dauer immer noch etwas mehr hervorbringen können, als sie bei der gegenwärtigen Nachfrage absetzen kann.
3. Bedarf und Nachfrage sind ebenso wie Produktion und Angebot keine einheitlichen, zusammenfaßbaren Größen, sondern bestehen aus einer Unzahl verschiedenartiger Güter

und Personen, Märkte und Geschäfte. Trotzdem hängen sie durch den Geldstrom voneinander ab. Indessen ist das in einer Marktwirtschaft so schwer zu übersehen und in seinen Auswirkungen zu beurteilen, daß hiervon gewöhnlich erst nachträglich — an den Ergebnissen — eine ungefähre Vorstellung gewonnen werden kann.

4. Die regulierenden Maßnahmen einer „marktkonformen“ Wirtschaftspolitik beeinflussen Angebot und Nachfrage nur indirekt und ergänzend, während das hauptsächliche, „normale“ Geschehen der Wirtschaft selbst überlassen bleibt, also Produzenten und Verbrauchern (über Angebot und Nachfrage, Einkommen und Verbrauch, Sparen und Investieren). Somit sind die wirtschaftspolitischen Möglichkeiten begrenzt.

5. Damit wird das Schwergewicht einer solchen Produktivitätspolitik auf die Fragen der Verteilung (im weitesten Sinne) verlegt, d. h. auf die Beeinflussung von Einkommen und Ausgaben, Sparen und Investieren, Preisen und Löhnen, Produktions- und Marktbedingungen. Das erfordert eine entsprechend ausgerichtete Lohn- und Sozialpolitik, Steuer- und Sparpolitik, Geld- und Kredit- sowie Investitionspolitik, Preis- und Wettbewerbspolitik, Investitions- und Beschäftigungspolitik.

Inhalt, Ziel und Mittel einer solchen Produktivitätspolitik hängen wesentlich auch von der wirtschaftspolitischen Anschauung und Einstellung ab. Bei welcher „Verteilung“ eine maximale Nachfrage erreicht wird, kann je nach der wirtschaftlichen Auffassung verschieden beurteilt werden. Man denke nur an die großen Meinungsverschiedenheiten nicht nur in der Konjunkturtheorie, sondern auch in der Einschätzung der jeweiligen konkreten Konjunkturlage und der hier nach zweckmäßigen Konjunkturpolitik. Noch stärker können die Ansichten differieren, wenn außer dem Umfang der Nachfrage auch eine bestimmte Zusammensetzung und Verteilung der Produktion sowie der damit erreichten Bedarfsdeckung angestrebt wird. Damit wird die Produktivitätspolitik vor eine Fülle von möglichen Prinzipien und wesentlichen Bedingungen gestellt, mit denen sich heute jede Wirtschaftspolitik auseinandersetzen hat. Worum es hier geht, sei durch Aufzählung der wichtigsten Punkte gekennzeichnet:

1. **Vollbeschäftigung** als ausreichende Arbeitsgelegenheit für alle Arbeitnehmer und Selbständigen.
2. **Maximale Produktion und maximales Wachstum** durch bestmögliche Beschäftigung aller Produktionsfaktoren und Ausnutzung aller Möglichkeiten zu technischer Produktivitätssteigerung.
3. **Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht** durch störungsfreien Kreislauf zwischen Produktion, Einkommen und Verbrauch sowie Sparen und Investition; auch als dynamisches Entwicklungsgleichgewicht mit gleichmäßigem Wachstum, ohne krisenhafte Störungen und konjunkturelle Schwankungen.
4. **Preisstabilität** im Sinne der Erhaltung des Geldwertes, unter Vermeidung von Inflation oder Deflation.
5. **Ausgeglichene Zahlungsbilanz** als wirtschaftliches Gleichgewicht gegenüber dem Ausland.
6. **Gerechte Einkommensverteilung**, die sowohl der Leistung von Arbeitnehmern und Unternehmern entspricht, als auch das Kreislaufgleichgewicht wahrt.

Diese Ziele und Bedingungen lassen sich in der Praxis nicht immer einhalten. Vor allem lassen sich meist nicht alle Ziele zugleich und voll erreichen. Dann

muß sich die Wirtschaftspolitik entscheiden, was sie für wichtiger hält, z. B. Expansion oder Preisstabilität, Verbrauchssteigerung oder Kapitalbildung, höhere Ausfuhr oder ausgeglichene Zahlungsbilanz.

PRODUKTIVITÄTSFÖRDERNDE MASSNAHMEN
IN MARKTWIRTSCHAFT UND PLANWIRTSCHAFT

In der freien Wirtschaft bleibt nicht nur die betriebliche Produktivität, sondern auch das gesamtwirtschaftliche Zusammenspiel, die volkswirtschaftliche Integration von Produktion und Verteilung, Investition und Verbrauch, Einkommen und Ausgaben, grundsätzlich den Wirtschaftlern selbst überlassen. Danach wäre kaum Platz für eine staatliche Produktivitätspolitik im hier geschilderten Sinne. Man hat jedoch genügend erfahren, daß der Staat die Wirtschaft nicht ganz dem freien Spiel der Kräfte überlassen kann. Dafür ist eine entwickelte, überwiegend industrielle Wirtschaft zu kompliziert, ist das Spiel der Kräfte nicht mehr genügend frei und gleich, ist zu vieles der Gestaltung durch den einzelnen Wirtschaftler entzogen. Vieles bedarf schon seiner Natur nach (wie z. B. Währung und zwischenstaatlicher Waren- und Zahlungsverkehr) der staatlichen Regelung oder wurde ihr nach politischer, sozialer und gesellschaftlicher Anschauung als unausweichliche Aufgabe übertragen. Auch mit Maßnahmen, die nicht unmittelbar wirtschaftspolitischen Absichten entspringen, löst der Staat wirtschaftliche Wirkungen aus (z. B. mit der Besteuerung, der Rüstung oder der Vergebung öffentlicher Aufträge).

Infolgedessen hat sich immer mehr die Auffassung durchgesetzt, daß es nicht um die Frage geht, ob man eine staatsfreie Wirtschaft oder eine Staatswirtschaft will, sondern daß es nur Unterschiede im Grad und in den Mitteln wirtschaftspolitischer Maßnahmen gibt. Indessen besteht natürlich noch ein beträchtlicher Unterschied, ob man aus grundsätzlicher Einstellung nach einem Minimum oder einem Maximum wirtschaftspolitischer Einwirkungen strebt und worin man unter gegebenen Verhältnissen jeweils das Optimum erblickt. Davon hängen auch Art und Umfang der volkswirtschaftlichen Produktivitätspolitik in erheblichem Maße ab.

Die Ideologie der reinen Marktwirtschaft betrachtet es als eine Aufgabe der staatlichen Produktivitätspolitik, für möglichst vollständigen Wettbewerb zu sorgen. Deshalb lehnt sie wirtschaftliche Zusammenschlüsse wie Verbände, Kartelle, Gewerkschaften und Kollektivvereinbarungen grundsätzlich ab. Der Staat soll demnach kollektive oder monopolistische „wirtschaftliche Macht“ verhindern. Mit dem Ideal eines möglichst vollständigen und bedingungslosen Wettbewerbs wären andererseits die Aufgaben einer staatlichen Produktivitätspolitik eigentlich erschöpft. In der Wirklichkeit sieht es aber bekanntlich anders aus. Wir wissen zur Genüge, wie unvollkommen die tatsächlichen Voraussetzungen für eine reine Wettbewerbswirtschaft gegeben sind (gleiche Startbedingungen für alle Produzenten, Händler und Arbeitnehmer, Übersichtlichkeit der Märkte, Herrschaft des Verbrau-

chers etc.). Ebenso wenig entsprechen die Resultate vollständigen Wettbewerbs den Erwartungen der Theorie, denn es ist keineswegs gesagt, daß er zu besten Leistungen und billigsten Preisen führt. Abgesehen von großen Mängeln und Schäden im Einzelfall bringt der unbeschränkte und zersplitterte Wettbewerb auch volkswirtschaftlich erhebliche Kosten oder Verluste mit sich, insbesondere durch riesigen Aufwand für Werbung, Repräsentation und sonstige Verkaufsbemühungen, kostspielige Umstellungen der Produktion, lediglich um neue „Verkaufseffekte“ zu erzielen; verfehlte oder übermäßige Investitionen und unabsetzbare Produktion; ruinöse Preisentwicklung und Ausscheidung an sich gesunder Betriebe; konjunkturelle Krisen, Arbeitslosigkeit und sonstiges Brachliegen produktiver Kräfte.

Wer aber den unbeschränkten Wettbewerb nicht als volkswirtschaftliches Ideal betrachtet, kann auch die auf verschärften Wettbewerb abzielenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht als „Produktivitätspolitik“ empfinden. Jedenfalls gilt das für die Verbote von privaten Vereinbarungen zur Marktordnung (z. B. Absprachen über Produktionsprogramme und Absatzbereiche, Kapazitätsausbau, Sicherung kostenmäßig gerechtfertigter Preise, Beschränkung der Werbung sowie der Abwerbung von Kunden, vertikale Absatzregelung u. a. m.). Im Gegenteil müßte der Staat darauf bedacht sein, durch Beaufsichtigung und Lenkung, eventuell sogar durch Förderung solcher Bestrebungen und Regelungen die Unvollkommenheiten und Schäden der Wettbewerbswirtschaft zu verringern. Wieviel sich auf diesem Gebiet durch eine vernünftige, vom Staat betreute wirtschaftliche Selbstverwaltung zur Verbesserung der Produktivität erreichen läßt, hat die Industrie in der deutschen Kriegswirtschaft gezeigt. Aber auch in allgemeiner und positiver Form kann der Staat den Wettbewerb beschränken und lenken, etwa indem er die zulässigen Wettbewerbsmethoden zur Sicherung eines echten Leistungswettbewerbs begrenzt.

Spezifische Aufgaben einer volkswirtschaftlichen Produktivitätspolitik ergeben sich daraus, daß das einzelbetriebliche Produktivitätsstreben mitunter die gesamtwirtschaftlichen Interessen verletzen kann, also betriebliche und volkswirtschaftliche Produktivität sich nicht decken.

Das unternehmerische Produktivitätsstreben ist auf Gewinn gerichtet und mißt seinen Erfolg an der Höhe des Gewinnes. Gerade der Gewinn kann jedoch eine volkswirtschaftlich fragwürdige Erscheinung sein. Er ist einkommensmäßig gerechtfertigt, soweit er einer angemessenen Kapitalverzinsung und dem Wert der persönlichen Unternehmerleistung entspricht. Darüber hinaus jedoch ist er weder leistungsmäßig begründet noch volkswirtschaftlich nützlich. Wenn statt solchen Gewinnes die Preise ermäßigt oder die Löhne erhöht würden, könnten Nachfrage und Produktion steigen. Allerdings kann auch der Unternehmer die Gewinne ausgeben, aber erfahrungsgemäß besteht doch die

Gefahr der Überinvestition oder Kaufkraftstilllegung. Ersteres ist volkswirtschaftlicher Verlust, letzteres stört den wirtschaftlichen Kreislauf und wirkt deflationistisch. Dem vorzubeugen, gilt heute als wesentliche Aufgabe der staatlichen Konjunkturpolitik. Streitig ist jedoch, ob sie dabei durch kompensatorische Maßnahmen das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht sichern soll (was „marktkonform“ wäre) oder ob sie die Gewinnentstehung und -verwendung regulieren soll. Letzteres würde zu Reglementierungen der Preise und Löhne sowie der Investitionen führen (was „Wirtschaftslenkung“ bedeuten würde).

Fragwürdige Auswirkungen des unternehmerischen Produktivitätsstrebens können auch durch sogenannte Rationalisierungsmaßnahmen hervorgerufen werden. So verursacht es volkswirtschaftliche Schäden, wenn zum Beispiel Arbeitskräfte eingespart und entlassen werden, die mangels anderweitiger Beschäftigungsmöglichkeiten mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden müssen. Ähnlich ist es auch, wenn ein Betrieb Investitionen oder Ausgaben macht, die an sich unnötig oder unwirtschaftlich wären, aber sich „lohnen“, weil sie Steuern sparen; hier geht die betriebliche Produktivität auf Kosten der Allgemeinheit. Wesentlich umfangreicher werden die Aufgaben einer volkswirtschaftlichen Produktivitätspolitik bei staatlicher Wirtschaftslenkung. Diese will grundsätzlich immer der volkswirtschaftlichen Produktivität — in dem hier verstandenen weiten Sinne — entsprechen und dienen. Dabei wird sie nicht nur unmittelbar und intensiver zugreifen als marktkonforme Regulierungen, sondern auch bei ihrer materiellen Konzeption

von der volkswirtschaftlichen Produktivität nicht die „Herrschaft des Marktes“ anerkennen. Das zeigt sich vor allem an den Fragen der Verteilung. Preise, Löhne und Gewinne sowie Zinsen und Renten sind die Schlüsselgrößen der Verteilung. In der Marktwirtschaft wird sich der Staat möglichst nicht mit ihnen beschäftigen. Die Wirtschaftslenkung wird dagegen gerade sie erfassen und gestalten.

Unabhängig davon, mit welchen Zielen und Methoden die volkswirtschaftliche Produktivitätspolitik im einzelnen arbeiten will, muß sie sich in jedem Fall eine klare Vorstellung über die Wirtschaftsstruktur machen, die ihr als Leitziel dienen soll. Sie kann sich heute nicht mit der Einstellung begnügen, daß entsprechend dem marktwirtschaftlichen Prinzip ganz den Produzenten und Verbrauchern selbst überlassen werden müsse, was sie produzieren und verkaufen wollten und was den bestehenden Bedürfnissen entspräche. Selbst eine Konjunkturpolitik, die sich nur auf Verhütung von Störungen und Schäden beschränken will, muß über ein Leitbild für die wirtschaftliche Entwicklung verfügen. Das erfordert freilich ein gewisses Maß an gesamtwirtschaftlicher Planung. In der westlichen Welt hat man dies wenigstens in einigen Ländern (wie in den Niederlanden und Schweden, teilweise auch Großbritannien, Frankreich und der Schweiz) erkannt, während in anderen Ländern aus Nachlässigkeit oder auch typischer Angst vor allem, was nach „Planwirtschaft“ aussieht, solche Konzeptionen noch fehlen. Ohne dies kann man sich aber eine volkswirtschaftliche Produktivitätspolitik kaum vorstellen.

Summary: Productivity Policy from the Point of View of Business Management and of a Country's Economy as a Whole. — At the outset the author tries to give a definition of productivity from the point of view of individual economic enterprises and of a country's economy. Following this, he deals with the tasks, aims, and means of productivity policy. In his essay the author particularly emphasizes the productivity of a country's economy as a whole, resulting from the relation between possible and actual productions. A country's productivity policy above all ought to take measures to secure a sufficient demand in order to guarantee a maximum, resp. an optimum utilization of the available productive capacity. Moreover, the possible measures for the promotion of productivity both in a free competitive economy and in a state-controlled economy are dealt with. In the author's opinion a country's productivity policy is of little value if it does not comprehend a certain proportion of planning as regards the national economy as a whole, and without a clear conception of the structure and the development of the economy aimed at.

Résumé: Politique de productivité du point de vue de l'économie d'entreprise et de l'économie nationale. — Dans le but de déterminer les tâches d'une politique de productivité l'auteur essaie d'abord de définir le terme de productivité sous les perspectives de l'économie d'entreprise et de l'économie nationale. Dans son analyse l'auteur met l'accent sur la productivité économique d'ensemble comme résultat du rapport entre production potentielle et production effective. Une politique de productivité déterminée du point de vue de l'économie nationale devrait donner priorité à des mesures susceptibles d'assurer une demande suffisamment importante afin de garantir l'optimum, sinon le maximum, d'exploitation du potentiel de production. L'auteur discute la portée des mesures possiblement à prendre pour augmenter la productivité dans l'économie de la libre concurrence d'une part et dans l'économie dirigée d'autre part. Du point de vue de l'économie nationale l'auteur écarte comme inefficace toute politique de productivité négligeant l'idée d'une planification de l'économie d'ensemble et étant dépourvue d'une conception exacte du développement structurel de l'économie.

Resumen: La política de productividad bajo el punto de vista de las empresas económicas y del de la economía popular. — El autor intenta de definir las ideas de la productividad, bajo las perspectivas aisladas económicas y populares y al final trata de las tareas, metas y medios de una política de productividad. Pone el mayor interés de sus consideraciones en la productividad económica total, la cual resulta de la proporción entre la productividad posible y la real. Una política económica popular debería, en primer lugar, tomar medidas sobre la seguridad de una suficiente demanda y de que sea garantizada una máxima u óptima baja de gravámenes en el potencial disponible. En lo sucesivo, deberán ser puestas las medidas de las posibilidades favorables de las productividades no solo en una libre competencia económica sino también en una articulada economía pública. El autor mantiene que carece de interés una política de productividad económica popular no sujeta a una determinada medida, con respecto a la planificación de una economía en común, y sin una clara concepción sobre un ambicioso desarrollo y una ambiciosa estructura de ella.